



Liebe Leserinnen und Leser,

am vergangenen Donnerstag hat die Koalition eine wichtige Weichenstellung in der Flüchtlingspolitik vorgenommen und umfangreiche Änderungen im Asylrecht auf den Weg gebracht.

Der Bund wird die Länder erheblich entlasten und übernimmt die Kosten pro Asylbewerber in Höhe einer Pauschale von 670 Euro pro Monat. Um Fehlanreize bei Menschen ohne Bleibeperspektive zu vermeiden, wird der persönliche Bedarf, der bislang mit dem "Taschengeld" abgedeckt wurde, künftig möglichst in Sachleistungen gewährt. Dies gilt für den gesamten Zeitraum, den die Flüchtlinge in Erstaufnahmeeinrichtungen verbringen. Außerdem ist eine drastische Beschleunigung der durchschnittlichen Verfahrensdauer von zurzeit rund fünf Monaten angestrebt. Darüber hinaus werden Albanien, Kosovo und Montenegro zu sicheren Herkunftsstaaten bestimmt, um die Asylverfahren der Staatsangehörigen dieser Länder weiter zu beschleunigen. Zur frühzeitigen Integration in den Arbeitsmarkt, müssen vor allem gute Deutschkenntnisse vorhanden sein. Deshalb öffnet der Bund für Asylbewerber und Geduldete mit guter Bleibeperspektive die Integrationskurse des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge und stellt dafür mehr Mittel bereit. Außerdem sollen die Integrationskurse besser mit den berufsbezogenen Sprachkursen der Bundesagentur für Arbeit vernetzt werden. Auch Änderungen im Bauplanungsrecht haben wir beschlossen. Damit wird die Unterbringung von Flüchtlingen in winterfesten Quartieren beschleunigt. Mit dem Gesetzespaket erhalten die Länder und Kommunen sehr weitgehende Gestaltungsmöglichkeiten, um unverzüglich Umnutzungs- und Neubaumaßnahmen zu planen, zu genehmigen und durchzuführen. –Dieses Gesetz trägt deutlich die Handschrift der Union! ... – Fortsetzung S. 2 –

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

#### Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin  
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel  
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



#### KURZ UND BÜNDIG

##### 08. Oktober

Goslarer Rede 2015 "Worauf wir in Deutschland achtgeben müssen!" mit Dr. Günther Beckstein

##### 09. Oktober

Einweihung eines neuen Gerätewagens der Kreisfeuerwehr des Landkreises Wolfenbüttel

##### 11. Oktober

Erntedankfest der CDU-Wolfenbüttel

#### TERMINE

##### 19.-22. Oktober

Klausurreise der Landesgruppe Niedersachsen



.... Der Bund hat seine Hausaufgaben gemacht. Nun sind die Länder am Zug innerhalb ihrer Zuständigkeiten zu handeln. Die Niedersächsische Landesregierung hat sich allzu lange mit Forderungen an den Bund aufgehalten statt ihrer eigenen Verantwortung nachzukommen. Es ist unverantwortlich, dass sich die niedersächsische Landesregierung nun bei der Abstimmung zum Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz enthalten hat.



Weil sie der Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten auf Kosovo, Albanien und Montenegro nicht zustimmen wollten. Die erneute Enthaltung Niedersachsens im Bundesrat bei dieser Frage, wie schon im Herbst 2014, ist eine Blamage für die niedersächsische SPD. Auch bei der sofortigen Registrierung und Untersuchung in den Erstaufnahmen des Landes gilt es für Rot-Grün Farbe zu bekennen. Es geht nicht an, dass niemand weiß, wie viele und welche Menschen sich in den Erstaufnahmeeinrichtungen aufhalten. Es ist unverantwortlich, dass Asylbewerber mit Infektionskrankheiten vom Land ohne Gesundheitsprüfung an die Kommunen verteilt.

Vor allem aber muss Niedersachsen jetzt eine konsequente Rückführung abgelehnter Asylbewerber sicherstellen. In Niedersachsen waren im Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Juli 2015 18.214 Menschen ausreisepflichtig. Rückgeführt wurden im selben Zeitraum aber gerade 415 Personen. Im Jahr 2014 konnten 1.727 geplante Abschiebungen nicht durchgeführt werden, darunter 554, weil die Betroffenen nicht mehr auffindbar waren. Das ist ein unhaltbarer Zustand. Der

Rückführungserlass des Landesinnenministers aus dem September 2014 habe viel dazu beigetragen. Mit dem Erlass sollten Abschiebungen teils mehrfach angekündigt werden. Dieser Ansatz ist bisher gescheitert. Der entsprechende Erlass ist mittlerweile kassiert. Nun muss der Niedersächsische Innenminister zeigen, dass er nicht nur Forderungen gegen andere erheben, sondern auch selbst handeln kann.

## Einer von uns in Berlin Sitzungswoche vom 12. bis 16. Oktober 2015

**Anschlag in der Türkei.** Wir sind bestürzt und trauern gemeinsam mit dem türkischen Volk um die Opfer des entsetzlichen Terroranschlags in Ankara. Hierzu sprechen wir den Angehörigen der Opfer unser Beileid aus. Wieder hat der Terrorismus sein entsetzliches Gesicht gezeigt und in großer Zahl Menschen getötet und schwer verletzt, die sich für Gewaltlosigkeit und friedliches Zusammenleben eingesetzt haben. Alle Kräfte in der Türkei, die ein friedliches Zusammenleben wollen, sind jetzt aufgefordert, zusammenzustehen und einer weiteren Eskalation der Gewaltspirale entgegenzuwirken. Besonders wichtig ist es jetzt, dass in der Türkei am 1. November eine freie, geheime und gleiche Parlamentswahl stattfindet, in deren Folge eine Regierung gebildet werden kann.



### Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin  
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel  
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



**Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat am 15./16. Oktober 2015 in Brüssel.** Das Plenum am Donnerstag begann mit der Debatte zur Regierungserklärung der Bundeskanzlerin, die das Parlament über das bevorstehende Treffen der EU-Staats- und Regierungschefs in Brüssel informierte. Der Schwerpunkt lag dabei auf der Umsetzung der Beschlüsse des letzten Sondertreffens vom 23. September 2015 zum Thema Migrations- und Flüchtlingspolitik. Insbesondere die Nachbarstaaten Syriens, die bislang die größte Last bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise übernehmen mussten, sollen unterstützt und die Einrichtung von Registrierungscentren (sogenannter „hot-spots“) in den Ländern des westlichen Balkans und den Mitgliedstaaten an den Außengrenzen forciert werden. Darüber hinaus sollen auch der 5-Präsidenten-Bericht zur Vervollständigung der Wirtschafts- und Währungsunion sowie die britischen Verhandlungsforderungen gegenüber der EU vor dem geplanten Referendum über die Mitgliedschaft Ende 2017 zur Sprache kommen.



**Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz.** Mit dem Maßnahmenpaket, das wir in zweiter und dritter Lesung beschlossen, reagierten wir auf die aktuelle Flüchtlingssituation in Deutschland. Neben der Erweiterung des Kreises der sicheren Herkunftsstaaten um drei weitere Balkanstaaten sollen Maßnahmen getroffen werden, mit denen Fehlanreize vermieden, Verfahren beschleunigt und Unterbringung und Versorgung verbessert werden können. Gleichzeitig öffnen wir Asylbewerbern mit guten Bleibeperspektiven den Weg zu einer gelungenen Integration in die deutsche

Gesellschaft und den Arbeitsmarkt und entlasten die Länder und Kommunen bei den Kosten für Asylbewerber, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und bei der Kinderbetreuung.



**Gesetz zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher.** Mit dem Gesetzentwurf, den wir in zweiter und dritter Lesung beschlossen, verbessern wir die Unterbringung, Versorgung und Betreuung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge auf Basis der VN-Kinderrechtskonvention und setzen somit eine Vereinbarung aus unserem Koalitionsvertrag um. Wir verankern eine bundesweite Aufnahmespflicht der Länder, die am Kindeswohl und dem besonderen Schutzbedürfnis von Minderjährigen ausgerichtet ist. Da es bisher keine bundesweite Verteilung gibt, sind einzelne Länder wie etwa Bayern besonders belastet. Darüber hinaus nehmen wir Verbesserungen zur Datenlage zu unbegleiteten ausländischen Minderjährigen vor.

**Vierzehntes Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes.** Mit dem Gesetzentwurf, den wir in 2. / 3. Lesung berieten, verankern wir das von der Bundesregierung aufgesetzte Nationale Entsorgungsprogramm im Atomgesetz und setzen damit eine EU-Richtlinie zur verantwortungsvollen und sicheren Entsorgung abgebrannter Brennelemente und radioaktiver Abfälle um. Zu diesem Zweck schreiben wir gegenüber Bund und Ländern eine dreijährige Berichtspflicht der Abfallverursacher über ihre Mengen radioaktiven Ab-



#### Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin  
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel  
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



falls, eine Pflicht zur regelmäßigen Sicherheitsüberprüfung der kerntechnischen Anlagen durch die Betreiber sowie eine regelmäßige Überprüfung der Gesamtstrategie durch die Bundesregierung fest.

**Erstes Gesetz zur Änderung des Batteriesetzes.** Wir setzen mit dem Gesetzentwurf, den wir in zweiter und dritter Lesung beschlossen, europarechtliche Vorgaben um und schränken die Verwendung von Cadmium und Quecksilber in Batterien weiter ein, um diese gefährlichen Stoffe somit dauerhaft aus dem Stoffkreislauf zu entfernen. Es dürfen keine Knopfzellen mehr in Verkehr gebracht werden, die mehr als 0,0005 Gewichtsprozent Quecksilber enthalten. Zudem wird sich mit dem Ablauf der Übergangsfrist zum 31. Dezember 2016 das Verbot der Verwendung von Cadmium auch auf Gerätebatterien und -akkumulatoren von schnurlosen Elektrowerkzeugen erstrecken.



**KfW stockt Sonderförderung für Flüchtlingsunterkünfte auf.** Mit einer Sonderförderung „Flüchtlingsunterkünfte“ unterstützt die KfW kurzfristig Kommunen bei der Unterbringung von Flüchtlingen. Zinslose Darlehen bei Investitionen in den Neu- und Umbau, Modernisierungen oder dem Erwerb von Flüchtlingsunterkünften sind ab sofort verfügbar.

Auf 500 Millionen Euro beziffert sich das Gesamtvolumen, mit dem je nach Art der Unterkunft bis zu 50.000 Plätze geschaffen werden können. Zwischen drei verschiedenen Laufzeiten können die

Kommunen wählen: zehn, 20 oder 30 Jahre. Der einheitliche Zinssatz von 0,0 Prozent wird bei Auszahlung der Kredite für zehn Jahre festgeschrieben. Bei der KfW werden die Kredite sehr nachgefragt. Bis zur Ausschöpfung der Sonderförderung werden die Anfragen entsprechend der Reihenfolge ihres Eingangs bearbeitet. Deshalb empfehle ich potentiellen Interessenten unserer Region, möglichst schnell tätig zu werden.

**Gesetz zur Umsetzung der EU-Mobilitätsrichtlinie.** In erster Lesung berieten wir die Umsetzung der EU-Mobilitätsrichtlinie, die Freizügigkeit und den Arbeitnehmerwechsel erleichtern soll, indem der Erwerb und der Erhalt von Betriebsrentenansprüchen für Arbeitnehmer innerhalb der EU verbessert werden. Durch die Änderung von Betriebsrenten- und Einkommensteuergesetz profitieren dabei auch Arbeitnehmer im Inland: Wir senken dazu die Unverfallbarkeitsfristen von fünf auf drei Jahre und das zu vollendende Lebensalter für den Erwerb unverfallbarer Rentenansprüche von 25 auf 21 Jahre ab. Wir erleichtern darüber hinaus den Auskunftsanspruch von Arbeitnehmern.

**Gesetz zur Bereinigung des Rechts der Lebenspartner.** Im Koalitionsvertrag haben wir vereinbart, rechtliche Regelungen, die gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften anders behandeln als Eheleute, zu beseitigen. Dies wollen wir mit dem vorliegenden Gesetzentwurf, den wir in zweiter und dritter Lesung beschlossen, in einer Reihe von Einzelgesetzen umsetzen.

## Wussten Sie schon...?

**Dass die Vereinten Nationen aktuell ihren siebzigsten Geburtstag feiern?** Seit ihrer Gründung bemühen sich die Vereinten Nationen um Frieden und ein besseres Zusammenleben auf unserem Planeten. Dabei werden sie in den Medien – ähnlich wie leider auch die Europäische Union – zumeist nur dann erwähnt, wenn es Defizite gibt.

### Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin  
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel  
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



Fast überall dort, wo es auf unserer Erde nicht rund läuft, finden wir die Vereinten Nationen. Sei es bei Friedensprozessen, in Flüchtlingslagern oder bei der Bekämpfung von Hungersnöten. Es wäre daher einmal an der Zeit, die Menschenleben, die durch den Einsatz der Vereinten Nationen gerettet wurden, zu erfassen. Und die Vereinten Nationen helfen auch beim Schutz von Kulturgütern und beim Kampf gegen den Klimawandel. Ebenso sind sie das einzige Gremium, in dem Diplomaten und Politiker aus der ganzen Welt miteinander sprechen können.



Die aktuelle Flüchtlingskrise rückt die Notwendigkeit von Entwicklung in weiten Teilen Afrikas und Asiens besonders in den Fokus der Vereinten Nationen. Stabile Staaten, die ihren Bürgern ein Leben in bescheidenem Wohlstand mit Chancen auf faire Teilhabe an Bildung und Gesundheitsvorsorge bieten, sind der beste Garant dafür, große Wanderungsbewegungen mittel- bis langfristig zu reduzieren. Hieran arbeiten die Vereinten Nationen und ihre Mitglieder, die sich hierzu gerade auf der Vollversammlung neue Nachhaltigkeitsziele bis zum Jahre 2030 gegeben haben. Für Frieden, Sicherheit und menschlichen Fortschritt werden die Vereinten Nationen auch in den kommenden sieben Jahren unentbehrlicher Partner bleiben. Eine bessere Welt können wir nur gemeinsam mit den Vereinten Nationen schaffen.

## Daten und Fakten

**TTIP bringt Vorteile.** Die geplante Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika bringt laut Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft – basierend auf den Daten des ifo Instituts – viele Vorteile für Deutschland: So profitieren von der Vereinheitlichung aller Standards und Regulierungen vor allem kleine und mittlere Unternehmen, für die 42 Prozent höhere Marktchancen prognostiziert werden. Schon heute hängen 60.000 deutsche Arbeitsplätze von US-Exporten ab. Selbst unter pessimistischen Annahmen sagt das ifo Institut hier einen Zuwachs von Arbeitsplätzen in Deutschland und der EU voraus. Auch die europäischen Landwirte können nach Schätzungen 60 Prozent mehr Produkte in den USA absetzen, wenn die Zölle durch das Freihandelsabkommen auf null gesetzt und die weiteren Handelsbarrieren um 25 Prozent gesenkt werden. (Quelle: Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft)



**Heizenergiebedarf sinkt.** Im Jahr 2014 betrug der Heizenergiebedarf in Mehrfamilienhäusern in Deutschland im Durchschnitt 120,9 Kilowattstunden pro Quadratmeter Wohnfläche. Im Vergleich zum Vorjahr sank er um 2,7 Prozent, was etwa 3,4 Kilowattstunden pro Quadratmeter Wohnfläche entspricht – witterungsbedingte Einflüsse bereits herausgerechnet. Dies geht aus dem Wärmemonitor 2014 hervor, den das Deut-



### Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin  
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel  
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



sche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) gemeinsam mit dem Energiedienstleister ista Deutschland GmbH erarbeitet und dazu die Heizenergieabrechnungen von rund 300.000 Mehrfamilienhäusern in ganz Deutschland analysiert hat. Eine bedeutende Einflussgröße sind dabei die Heizkosten: Diese sanken von 11,14 Euro pro Quadratmeter (2013) auf 9,85 Euro im Jahr 2014, was einem Rückgang von knapp 12 Prozent entspricht. Der Unterschied im Heizenergiebedarf zwischen Ost und West, der – bedingt durch den in der Nachwendezeit umfassend sanierten Wohnungsbestand in den neuen ostdeutschen Ländern – im Jahr 2003 noch 19 Kilowattstunden pro Quadratmeter betrug, ist inzwischen auf 0,5 Kilowattstunden zusammengeschrumpft. (Quelle: Wärmemonitor 2014)

## Besuchergruppen

Diese Woche besuchten mich meine ehemaligen Konzernbetriebsratskollegen der BS | ENERGY aus Braunschweig.



Neben gemeinsamen Gesprächen, hatte die Gruppe das Glück die Regierungserklärung von

Bundeskanzlerin Merkel im Plenum des Deutschen Bundestages live mitzuerleben.

## Zum Schluss, doch nicht das Letzte

**CDU-Kreistagsfraktion Wolfenbüttel fordert ständigen Koordinationsausschuss im Landkreis zur Flüchtlingsthematik.** Vor dem Hintergrund steigender Flüchtlingszahlen und der einhergehenden Herausforderungen für den Landkreis, die Stadt Wolfenbüttel sowie für die Einheits- und Samtgemeinden im Landkreis, fordert die CDU-Kreistagsfraktion einen zusätzlichen Ausschuss des Landkreises. Dieser Ausschuss soll sich ausschließlich mit der Flüchtlingsthematik beschäftigen. Einen entsprechenden Antrag wird die CDU-Kreistagsfraktion stellen. Den Beschluss dazu fasste die Fraktion auf ihrer Klausurtagung am vergangenen Wochenende.

Aufgabe dieses neuen Ausschusses soll die Koordinierung aller Aufgaben und Themen sein, die sich aus dem Flüchtlingszustrom ergeben. Neben Mitgliedern des Kreistages sollen auch die Kommunen, die vom Kreistag beauftragten Verbände und Organisationen sowie die ehrenamtlichen Flüchtlingsinitiativen Ausschussmitglieder benennen. Der Ausschuss soll öffentlich tagen und somit auch interessierten Bürgern zugänglich sein. Angedacht ist zunächst eine monatliche Taktung, die eine ständige Aktualität des Themas gewährleisten soll.

In diesem Zusammenhang fordert die CDU-Fraktion eine monatliche Berichterstattung von der Landrätin über die Zahl der Flüchtlinge, deren Unterbringung und weitere Unterbringungsmöglichkeiten, Maßnahmen zur Integration und Rückführungen im Landkreis.

Darüber hinaus schlägt die CDU-Kreistagsfraktion vor, die Geldleistungen an die Stadt Wolfenbüttel und an die Einheits- und Samtgemeinden anzupassen. Die Sockelbeträge in Höhe von 40.000 Euro für die Stadt Wolfenbüttel und 20.000 € für die Einheits- und Samtgemeinden sollen entsprechend der Flüchtlingszahlen erhöht werden.



### Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin  
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel  
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de





CDU-Kreisvorsitzender Frank Oesterhelweg, MdL und CDU-Kreistagsfraktionsvorsitzender Uwe Lagosky, MdB sagten dazu: „Die Flüchtlingskrise ist das derzeit wichtigste und dringendste Thema der Kreispolitik und wird es auch bis auf weiteres bleiben. Wir brauchen diesen Ausschuss, um Politik, Verbände und Organisationen sowie die Ehrenamtsstrukturen miteinander besser zu vernetzen und dadurch auch zu entlasten. Alle Kommunen sind betroffen und die Lage wird zunehmend schwieriger. Wir danken allen Beteiligten, insbesondere den kommunalen Vertretern, den Ehrenamtlichen und den Verbänden für ihr herausragendes Engagement!“

**Uwe Lagosky MdB**

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin  
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel  
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

[uwe.lagosky@bundestag.de](mailto:uwe.lagosky@bundestag.de)

**CDU**